

PROTOKOLL

5. Sitzung des Gemeinderates **vom Mittwoch, 13. Juli 2016 um 20.00 Uhr** im Gemeindesitzungssaal

Anwesend:

Bgm. MMag. Monika Wechselberger
Bgm-Stv. Franz Eberharter
MGR Franz-Josef Eberharter
MGR BA Johannes Valentin
MGR Heidi Lassnig
MGR Wolfgang Höllwarth
MGR Susanne Kröll
MGR Renate Huber-Rahm
MGR Hans Jörg Moigg
MGR Johann Georg Geisler
MGR Markus Bair
MGR Hansjörg Geisler
E-MGR Georg Pramstraller

E-MGR Christian Thanner

E-MGR Petra Volgger

Vertretung für Herrn MGR
Markus Freund
Vertretung für Frau MGR
Notburga Huber
Vertretung für Frau MGR Martina
Kröll

Schriftführer:

Amtsleiter Dr. Wolfgang Stöckl

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Bürgermeisterin, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit
2. Vorstellung "e5-Gemeinde" durch Ing. Josef Rinnhofer von der Firma Energie Tirol
3. Genehmigung Protokoll 4. Gemeinderatssitzung vom 8.6.2016
4. Genehmigung Protokoll 1. Überprüfungsausschusssitzung vom 21.6.2016

5. Genehmigung Protokoll 2. Kulturausschusssitzung vom 5.7.2016
6. Neuerlassung eines Bebauungsplanes im Bereich der BP .259/2 und der GP 1155/4 - Dorf Haus, Michael Schragl; Auflage bzw. Erlassung
7. Neuerlassung eines Bebauungsplanes im Bereich der GP 1000/8 - Waldfeldweg, Johanna Dengg; Auflage bzw. Erlassung
8. Genehmigung Protokoll 2. Sitzung Verkehr, Wirtschaft und Tourismus vom 31.05.2016
9. Genehmigung Protokoll 3. Sitzung Verkehr, Wirtschaft und Tourismus vom 22.06.2016
10. Genehmigung Protokoll 2. Sitzung Dorfentwicklung und Raumordnung vom 31.05.2016
11. Genehmigung Protokoll 3. Sitzung Dorfentwicklung und Raumordnung vom 28.06.2016
12. Beschlussfassung zur Restfinanzierung der Ersatzbusbucht
13. Beschlussfassung zur Auftragsvergabe an die Firma Planoptimo für eine Variantenstudie bei der EK Schwendaustraße und einer Gegenüberstellung von langer und kurzer Unterflurtrasse
14. Beschlussfassung zur Einrichtung eines Sonderbudgets für geringfügige Aufträge im Zusammenhang mit der Planung im Bereich Bahnhof NEU
15. Anträge Wolfgang Höllwarth - "Team Eberharter"
- 15.1. Ausbau Dachgeschoß Gemeindeamt für Sitzungssaal
- 15.2. Vorzeitige Inbetriebnahme Tiefgarage Sozialzentrum - Altenheim
16. Berichte Bürgermeisterin, Anträge, Anfragen, Allfälliges (§ 35 Abs. 4 TGO)

1) Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Bürgermeisterin, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Es freut die Bürgermeisterin, dass sich wieder viele Zuhörer im Sitzungssaal befinden und damit Ihr Interesse am Gemeindegeschehen bekunden.

Sodann werden die Ersatzgemeinderatsmitglieder Petra Volgger und Georg Pramstraller gemäß § 28 Tiroler Gemeindeordnung angelobt.

In weiterer Folge begrüßt die Vorsitzende Herrn Georg Kröll samt Mitarbeiter, der heute in ihrem Auftrag eine Filmkamera zur Aufzeichnung des Öffentlichen Teiles dieser Sitzung aufgestellt hat.

Diese Neuerung soll nach Aussage der Bürgermeisterin die Transparenz fördern, die im Wahlkampf von allen wahlwerbenden Gruppen besonders als Bürgerrecht hervorgehoben wurde.

Die Aufzeichnung soll später im Lokal-TV ungeschnitten bzw. in voller Länge die Sitzung wiedergeben, um auch jenen Bürgern die Arbeit im Gemeinderat zu zeigen, welche nicht als Zuhörer in die Gemeinde kommen wollen, so Bgm. MMag. Monika Wechselberger.

Sodann erklärt die Vorsitzende, zu dieser Neuerung eine Diskussion eröffnen zu wollen, worauf Bgm-Stellv. Franz Eberharter einleitend auf das gestrige Gespräch mit der Bürgermeisterin zurück kommt und wonach er gemeinsam mit Gemeindevorstand Moigg unter Bezugnahme auf die Tiroler Gemeindeordnung um Befragung des Gemeinderates ersucht hat.

Offensichtlich habe diese Empfehlung keine Wirkung gezeigt und wurde der Gemeinderat im Vorfeld nicht eingebunden, was nicht gerade für eine Wertschätzung dieses Gremiums spricht, sondern wieder einmal vollendete Tatsachen geschaffen wurden.

Daher haben die Listen „Team Eberharter“ und „Gemeinsam für Mayrhofen“ mit den Unterschriften von Bgm-Stv. Eberharter und Gemeindevorstand Moigg heute kurz vor der Sitzung den schriftlichen Antrag gemäß § 41 TGO übergeben, im Sinne der Geschäftsordnung und unter Verweis auf den Kommentar zu § 36 TGO über die TV-Aufnahmen abstimmen zu lassen.

Bgm. MMag. Monika Wechselberger äußert ihre Verwunderung, dass sich beide antragstellenden Listen gegen diese Art der offenen Kommunikation aussprechen und damit der versprochenen Transparenz eigentlich zuwider handeln. Im Allgemeinen wünsche sie sich aber auch eine bessere Zusammenarbeit aller Gemeinderatsfraktionen mit dem Ziel gemeinsamer Lösungen „ohne Theater vor der Bevölkerung“ und sie stellt an Bgm-Stv. Eberharter die Anfrage, wie oft er als Vizebürgermeister in den vergangenen Monaten seit der Wahl zu ihr in das Büro gekommen sei, nämlich ist dies in 4 Monaten nur einmal geschehen und das spreche auch nicht für die Bereitschaft eines Teamworks.

MGR Renate Huber-Rahm vertritt in ihrer Wortmeldung die Meinung, die Vorgehensweise der Bürgermeisterin mit bloßer Ankündigung von Fernsehaufnahmen über eine E-Mail-Aussendung sei nicht in Ordnung, weil der Gemeinderat aus 15 Personen besteht, die ein gleichwertiges Mitspracherecht haben. Gegen Transparenz von Gemeinderatssitzungen habe sie aber weiterhin keinen Einwand.

MGR Johannes Valentin verweist auf die Festlegung des Gemeinderates vom 8. Juni, wonach Aufzeichnungen bei Gemeinderatssitzungen vorgenommen werden sollen und TV-Aufnahmen auch eine Art der gewünschten Aufzeichnungen darstellen. Ein Einwand dagegen sei daher im Widerspruch gegen die Festlegung in der letzten Sitzung.

MGR Hans Jörg Moigg erklärt hierauf, erwähnte Aufzeichnungen hätten die Aufgabe eines allfälligen Abgleiches oder Ergänzung des betreffenden Protokolls als Beweismittel im Falle von Unstimmigkeiten zur Niederschrift.

Bei TV-Aufnahmen gehe es um eine andere Art der Präsentation, die er grundsätzlich nur im Konsens des gesamten Gemeinderates zulassen möchte, wie dies die Gemeindeordnung vorsieht. Wieder einmal ist diese Art des Vorsitzes durch die Bürgermeisterin ein Signal, wie man aufeinander innerhalb der Gemeinderatslisten zugeht.

MGR Hans Georg Geisler spricht sich klar gegen die Art und Weise der Bürgermeisterin aus, den Gemeinderat einmal mehr vor vollendete Tatsachen zu stellen und empfindet das Aufstellen des Lokal-TV weder fair noch richtig. Für unsere Gemeinde Mayrhofen bewirken im Sinne vieler unerledigter Sachthemen Alleingänge nichts und er sieht auch keinen Vorteil, wenn zum Beispiel Gäste in Mayrhofen via Lokal-TV den vollen Inhalt von Gemeinderatssitzungen mitverfolgen können.

Als „interne Hilfe“ für die Protokollserstellung könne man Aufzeichnungen jedenfalls zulassen, aber das Lokal-TV lehne er strikt ab, wobei er die rechtliche Seite nicht eindeutig aus dem Kommentar der Gemeindeordnung ableiten konnte, so MGR Geisler.

MGR Markus Bair versteht diese Aufregung nicht und sieht eine TV-Aufzeichnung neben Zeitungsartikeln und Internetauftritt als normale Entwicklung in einer Zeit von Kommunikation und Transparenz einer Gemeindepolitik. Etwas „Unrechtes“ kann er durch eine TV-Übertragung schon überhaupt nicht erkennen, so MGR Bair.

MGR Susanne Kröll erklärt ihre Ablehnung damit, dass letzten Endes niemand sagen kann, welche Ausschnitte der TV-Aufzeichnungen letztlich übertragen werden und welche Tendenzen damit verbunden sind, sodass die anderen Gemeinderatslisten medial wieder einmal als „Buhmänner“ dastehen, wie dies letzte Zeit auch in Artikel und Kommentaren der „Tiroler Tageszeitung“ offensichtlich immer wieder der Fall ist.

Nachdem Bgm. MMag. Monika Wechselberger noch einmal darauf hinweist, sie habe bereits eingangs die Wiedergabe der TV-Aufzeichnung „1:1“ vor, das heißt ungeschnitten bzw. in voller Länge, bezieht sich MGR Wolfgang Höllwarth auf die Ausführungen der Tiroler Gemeindeordnung und des Kommentars zum Abstimmungserfordernis mit dem Hinweis, bei Gemeinderatsmitgliedern handle es sich nicht um Schüler, über deren Köpfe hinweg die Entscheidungen getroffen werden können.

Nun werde bereits ohne diese erforderliche Abstimmung gefilmt und es ist dieses Vorgehen unzulässig, bevor hiezu kein positiver Beschluss vorliegt.

MGR Hans Jörg Moigg ersucht die Vorsitzende, über den schriftlichen Antrag der beiden Listen abstimmen zu lassen, worauf Bgm. Wechselberger noch einmal erklärt, die ganze Aufregung nicht zu verstehen und sie zitiert aus Wahlaussendungen der beiden antragstellenden Listen mit der besonderen Hervorhebung einer offenen, verantwortungsvollen und transparenten Politik.

Sodann führt die Vorsitzende die **offene Abstimmung** zum Antrag der Listen „Gemeinsam für Mayrhofen“ und „Team Eberharter“ vom 13. Juli 2016 herbei, wonach über die geplanten Filmaufnahmen vom Gemeinderat abzustimmen ist und auf die Frage der Bürgermeisterin, wer sich in diesem Sinne gegen die TV-Aufnahmen ausspricht, erfolgen **9 Stimmen gegen** die TV-Aufzeichnungen und in der Gegenprobe **6 Stimmen dafür**.

MGR Höllwarth weist darauf hin, dass in Anbetracht dieses Beschlussergebnisses bei sonstigen rechtlichen Konsequenzen auch der bisherige Teil dieser Gemeinderatssitzung nicht im Lokal-TV veröffentlicht werden darf, worauf Bgm. MMag. Wechselberger abschließend erklärt, dieses Thema sei für sie zwar erledigt, es sei aber schade, wenn die versprochene Transparenz nicht auch mit diesem Medium umgesetzt werden kann.

2) Vorstellung "e5-Gemeinde" durch Ing. Josef Rinnhofer von der Firma Energie Tirol

Ing. Sepp Rinnhofer und Thomas Geisler bedanken sich für die Einladung und stellen an Hand einer Broschüre der Energie Tirol die Möglichkeiten einer Gemeinde dar, im Rahmen der „2050-Ziele“ am sogenannten e5-Programm als strukturiertem Ablauf über mehrere Jahre teil zu nehmen.

Mit dem Hauptziel besserer Energieeffizienz könnte die Gemeinde einen Maßnahmenkatalog umsetzen, der mit einem Gemeinderats-Grundsatzbeschluss beginnt, dann in eine Arbeitsgruppe als e5-Team weiterführt und im Arbeitsprogramm der Projektumsetzung mit Energiebetreuern der Energie Tirol zusammenarbeitet.

Mit Vorbildwirkung im Sinne eines bereits abgeschlossenen Programms zeigen sich momentan die Gemeinden Wörgl und Virgen, wobei insgesamt derzeit 33 Gemeinden in Tirol im e5-Programm teilnehmen.

Bgm. Wechselberger dankt für die Ausführungen und ersucht zugleich, die aufliegenden Broschüren mögen von den Gemeindemandataren zur näheren Durchsicht mitgenommen werden, um im Herbst allenfalls den Grundsatzbeschluss zur Projektumsetzung herbei zu führen.

3) Genehmigung Protokoll 4. Gemeinderatssitzung vom 8.6.2016

Zu Seite 38 / vorletzter Absatz (**E-Bike-Förderung**) verweist die Vorsitzende auf das Auslaufen der Förderung mit Ende August und dass im nächsten Jahr angedacht werden soll, diese Förderung auf maximal 2 Fahrräder pro Familie zu beschränken.

Zu Seite 39 / Mitte (**Kleiderkästen Schulzentrum**) dankt die Bürgermeisterin dem Vizebürgermeister für die prompte Abwicklung des Kaufes im Sinne der Nachverhandlungen mit der betreffenden Firma.

Zu Seite 39 / letzter Absatz (**Schützen-Alpenregionstreffen 2018 in Mayrhofen**) nimmt die Vorsitzende Bezug auf die Berichte von MGR Burgi Huber und Altbgm. Günter Fankhauser aus Waakirchen, wonach dieses Treffen mit über 7000 Teilnehmern eine außerordentliche organisatorische Herausforderung sein wird und bald einmal eine Arbeitsgruppe für die Ausrichtung in Mayrhofen zusammenzusetzen wäre, wobei die Gemeinde dieses Thema im Kulturausschuss weiter entwickeln wird.

Zu Seite 40 / letzter Absatz (**Moroder-Ausstellung**) stellt MGR Heidi Lassnig zum Thema „Altes Schulhaus“ klar, dass die Bürgermeisterin eindeutige Vorstellungen über Wohnzwecke in diesem Bereich darlegte und schon deshalb die „Moroder-Ausstellung“ dort nicht durchführbar wäre.

Zu Seite 42 / letzter Absatz (**ORF-Sommerfrische**) verweist die Bürgermeisterin auf den Termin dieser Radio-Ausstrahlung mit 3. August 2016.

Zu Seite 43 / vorletzter Absatz (**Jugendbetreuung und Familien-Audit**) erklärt MGR Renate Huber-Rahm, Eberharter Roman sei ihrem Verständnis nach nicht weiterhin der Beauftragte im Familien-Audit, sondern unterstütze MGR Tina Kröll im Bedarfsfalle.

Zu Seite 45 / letzter Absatz (**Gutachten in Raumordnungssachen**) erklärt Bgm-Stellv. Franz Eberharter, die Gemeinde müsse sich bei der Kostenüberwälzung an Antragsteller zum Flächenwidmungsplan oder Bebauungsplan nach den rechtlichen Rahmenbedingungen halten, welche vom Land Tirol vorgegeben sind und er rät daher davon ab, von den Antragstellern die gänzliche „Selbstzahlung“ der betreffenden Gutachten zu verlangen.

Zu Seite 48 / vorletzter Absatz (**Eisenbahnkreuzung / Bahnhofprojekt**) berichtet die Bürgermeisterin von der Abberaumung der Verhandlung vom 12.7.2016 mit den Grundeigentümern zur Eisenbahnkreuzung und auf Wortmeldung von MGR Markus Bair als neuem Ausschussobmann, wonach er den genauen Vorlauf noch nicht zur Gänze kennen kann, erwähnt MGR Hans Jörg Moigg, er habe sich als vormaliger Ausschussobmann stets für eine klare Information an die Grundeigentümer ausgesprochen.

MGR Bair erklärt hierauf, dieses Thema befasse den Ausschuss ohnehin weiter, bis voraussichtlich Ende Oktober die erwähnte, abberaumte Verhandlung des Landes wieder aufgenommen wird.

Zu Seite 49 / letzter Absatz (**Zustellung Gemeinderatsprotokolle**) ersucht MGR Hansjörg Geisler, die Zustellung der GR-Protokolle solle unabhängig von der künftigen Einladung innerhalb einer Woche nach der betreffenden Gemeinderatssitzung erfolgen, um die Gemeinderäte im Hinblick auf allfällige Erledigungen oder Maßnahmen rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

Im Übrigen erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Protokoll und wird dieses so- dann samt den darin enthaltenen Beschlüssen einstimmig genehmigt und gemäß § 46 (4) Tiroler Gemeindeordnung 2001 unterfertigt.

4) Genehmigung Protokoll 1. Überprüfungsausschusssitzung vom 21.6.2016

Obmann MGR Markus Bair erläutert das Protokoll und erklärt eingangs, Herr Gemeinderevisor Helmut Wolf hat wertvolle allgemeine Ausführungen über die Aufgaben des Überprüfungsausschusses abgegeben.

Nach der Belegsprüfung hat der Ausschuss die Themenbereiche Tennisplatz und die Begabtenförderung eingehender erläutert.

Zur Höhe der Honorarnote von Rechtsanwalt Dr. List aus Wien mit dem Rechnungstitel „Vortrag Baurecht“ wird Bgm. Wechselberger im Sinne des Überprüfungsausschusses heute um Stellungnahme ersucht, worauf diese den Fehler eingesteht, die Fahrtenpauschale des Anwaltes nicht in dieser großen Höhe vorab bedacht zu haben und es werde ein derartiges Versehen nicht mehr vorkommen.

MGR Hans Georg Geisler bezeichnet die Rechnungshöhe als „schon sehr heftig“ und stellt die Anfrage, für wen dieser Vortrag abgehalten wurde, worauf Bgm. Wechselberger antwortet, für sie als Baubehörde und dem Bauamtsleiter DI Walder wären die Ausführungen dieses ausgewiesenen Experten sehr hilfreich gewesen.

Zu Seite 3 / Mitte des Protokolls (**Kontospesen von Banken**) vertritt MGR Hans Jörg Moigg die Auffassung, die Gemeinde möge weiterhin Geschäftsverbindung zu allen Mayrhofner Banken beibehalten und er verweist auf deren Unterstützung in vergangener Zeit, wie bei Europahaus und Schwimmbad sowie diversen aktuellen Angelegenheiten aus Sport und Kultur und sie sind auch letztlich gute Kommunalsteuerzahler.

Bgm. Wechselberger erklärt, die geforderte Gegenüberstellung der Girokontenspesen werde derzeit für die nächste Sitzung des Überprüfungsausschusses aufbereitet.

Obmann MGR Bair kommt zurück auf die Wortmeldung Moigg und er sieht die Rolle des Überprüfungsausschusses auch im Sinne eines Vergleiches der Kontospesen und Gebühren, zumal sich auch Banken wie andere Unternehmer dem Wettbewerb des Marktes stellen müssen und eine Kontoführung bei sehr vielen Banken auch einen administrativen Mehraufwand für die Gemeindekasse bedeuten.

Zum Abschluss des Protokolls erkundigt sich MGR Wolfgang Höllwarth nach dem Stand der Erstellung eines von ihm empfohlenen Formulars, worauf MGR Bair die bereits erfolgte Ausarbeitung durch die Firma „KufGem“ erwähnt.

Sodann wird das gegenständliche Protokoll ohne weitere Änderungen oder Ergänzungen genehmigt.

5) Genehmigung Protokoll 2. Kulturausschusssitzung vom 5.7.2016

MGR Susanne Kröll trägt für Obfrau Burgi Huber das gegenständliche Protokoll vor und die Bürgermeisterin berichtigt eingangs, dass die Schriftführung von Linda Wechselberger und nicht von AL Dr. Stöckl durchgeführt wurde.

Zu Punkt 2 des Protokolls (**Rückblick Waakirchen - "Alpenregionstreffen der Schützen"**) kommt die Bürgermeisterin nochmals zurück auf die zu gründende Arbeitsgruppe, wonach Gemeinde und Tourismusverband nur als Mithelfer fungieren können und der Kern der Organisationsarbeit den Schützen bzw. dem Regimentskommando obliegt.

Zu Seite 3 / letzter Absatz (**Konzept Paul Lechner „4 gute Gründe“**) wird auf die Möglichkeit der Kostenabwicklung über einen Teilbetrag aus dem „Seniorenrastl“ hingewiesen und die Kulturreferentin wird mit Paul Lechner diesbezüglich weiter kommunizieren.

Zu Seite 5 / 1. Absatz (**Kalender mit alten Ansichten**) bleibt die Wortmeldung von MGR Hans Georg Geisler in der heutigen Sitzung unwidersprochen, wonach zur Erstellung des Kalenders 2016 bereits ein Gemeinderatsbeschluss zur Druckkostenübernahme vorliegt.

Sodann wird das gegenständliche Protokoll ohne Änderungen oder Ergänzungen genehmigt.

6) Neuerlassung eines Bebauungsplanes im Bereich der BP .259/2 und der GP 1155/4 - Dorf Haus, Michael Schragl; Auflage bzw. Erlassung

Hiezu verliest Bgm. MMag. Monika Wechselberger vorliegendes Gutachten des Raumplanungsbüros Eberharter / Scheitnagel aus Fügen und die vorangegangene Erörterung im zuständigen Unterausschuss.

Auf Anfrage der Vorsitzenden erklärt Obmann MGR Franz Josef Eberharter an Hand einer Power-point-Präsentation das Gutachten spreche sich mit Festlegung der Bauweise und Bauhöhe im Sinne der §§ 60 und 62 Tiroler Raumordnungsgesetz für eine zweckmäßige und platzsparende Bebauung der beiden neu gebildeten Grundstücke aus.

Bgm-Stv. Eberharter spricht sich jedenfalls für eine Verbreiterung des Öffentlichen Gutes im Zuge der geplanten Erlassung des Bebauungsplanes aus, Bgm.

Wechselberger verweist auf den von ihr beabsichtigten Gesprächstermin mit der Hauserer Dorfgemeinschaft am 9. August in Sache Übernahme von Grundstücksteilen in das „Öffentliche Gut Straßen und Wege“.

Einstimmiger Beschluss:

Der Neuerlassung des Bebauungsplanes gemäß vorliegendem Gutachten DI Günther Eberharter und DI Thomas Scheitnagel für die Grundstücke Gst. 1151/2, 1155/4 und Bp. 259/2 wird zugestimmt.

**7) Neuerlassung eines Bebauungsplanes im Bereich der GP 1000/8 -
Waldfeldweg, Johanna Dengg; Auflage bzw. Erlassung**

Hiezu erklärt Obmann MGR Franz Josef Eberharter, 2 Varianten wurden vom Ausschuss vorbereitet geprüft und der Ausschuss sprach sich für vorliegende Variante aus, die dem Gemeinderat heute mit Power-point präsentiert wird.

Im Sinne des Erläuterungsberichtes des Raumplanungsbüros Eberharter / Scheitnagl vom 16.6.2016 empfiehlt der Ausschuss daher die Bebauung der Gst. 1000/8 gemäß Festlegungen der Baufluchtlinie und Baugrenzlinie gemäß § 59 sowie der Bauweise und Bauhöhe gemäß §§ 60 und 62 Tiroler Raumordnungsgesetz.

Einstimmiger Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Bebauungsplan zur Gst. 1000/8 betreffend Aufstockung bei Objekt Waldfeldweg 647 zu.

**8) Genehmigung Protokoll 2. Sitzung Verkehr, Wirtschaft und Tourismus vom
31.05.2016**

MGR Markus Bair als Obmann dieses Ausschusses fasst das Protokoll in eigenen Worten zusammen und zitiert auch wörtlich einige Passagen daraus, weil die Materie des **Bahnhofsneubaues mit Unterflurtrasse** eine sehr komplexe Materie darstellt, welche zurückgeht auf das Verkehrskonzept Mitte der 90er Jahre und bis dato noch keine endgültige Bahnhofslösung hervorgebracht hat.

Zu Punkt 2 des Protokolls (**Entscheidungsfindung für neuen Bahnhof und Unterflurtrasse**) zitiert Obmann MGR Bair aus dem Ausschussprotokoll wie folgt:

„Das Verkehrskonzept aus 1994 dessen Entstehung von der EWI – Schweiz begleitet wurde, ist Grundlage für die derzeitige innerörtliche Situation. Bereits in diesem Konzept war eine verkehrsberuhigte Hauptstraße vorgesehen. Damals erstreckte sich die verkehrsberuhigte Zone jedoch vom Sternplatz bis zur Hollenzbrücke. Ein weiterer Bestandteil des Konzeptes war die Errichtung einer zentralen Parkgarage. Bekanntlich wird diese derzeit errichtet. Weitere Eckpunkte des damaligen Verkehrskonzeptes waren die Einführung von Tempo 30, das Führen einer Ortsbuslinie, die Verkehrsfreihaltung der Seitentäler, die Attraktivierung der Hauptstraße, die Errichtung eines Busterminals sowie die Ausweitung des öffentlichen Verkehrs und des Skibusverkehrs.“

Die Ergebnisse der damaligen Beratungen waren Grundlage für die nachfolgenden Konzepte.

Im Jahr 2010 wurde im Vorfeld des geplanten Neubaus der Penkenbahn von den Mayrhofner Bergbahnen in Zusammenarbeit mit den Zillertaler Verkehrsbetrieben und dem Verkehrsverbund Tirol ein neues Erschließungskonzept für die Talstation der Penkenbahn erarbeitet. Hauptbestandteil dieses Konzeptes war die Verlängerung der Zillertalbahn bis zur Ahornbahn. Durch diese Verlängerung könnten gleichzeitig mehrere Probleme gelöst werden. Ein großer Teil der Skibusse würde entfallen, außerdem könnte die Hauptstraße zumindest zeitweise komplett verkehrsfrei gemacht werden. Ein weiterer Vorteil wäre die einfache Rückbringung jener Skifahrer die von der Horbergtalabfahrt kommend nach Mayrhofen müssen. Für diese Zugsverlängerung liegen konzeptuelle Pläne vor, laut denen eine Realisierung möglich ist. Die Finanzierung wäre zum großen Teil vom Bund zu übernehmen, da diese Zugsverlängerung eine überregionale Infrastrukturmaßnahme im Eisenbahnbereich darstellt. Weiters ist zu betonen, dass eine Zugsverlängerung nur im Zuge einer Elektrifizierung der Zillertalbahn machbar wäre. In diesem Zusammenhang würde seitens der Zillertalbahn auch der Takt intensiviert. Zwischen Mayrhofen und Fügen wäre dabei ein Viertelstundentakt angedacht. Mayrhofen würde dadurch als Kopfbahnhof aufgewertet, da die Hälfte aller Züge nicht mehr bis nach Jenbach fahren würde.

Das Konzept der Zugverlängerung wurde damals (2010 - 2011) nur kurz diskutiert und nicht mehr weiter verfolgt.

Anlassnehmend am Konzept der Zugverlängerung und im Hinblick auf den Neubau der Penkenbahn wurde 2011 seitens der Gemeinde in Zusammenarbeit mit dem Tourismusverband und der Mayrhofner Bergbahn mit der Ausarbeitung eines Konzeptes für den öffentlichen Verkehr im hinteren Zillertal begonnen. Bis zur Endfassung im Sommer 2013 wurden etliche Varianten überprüft und teilweise auch simuliert. Unter anderem war die Firma Emch + Berger aus der Schweiz an der Erarbeitung eines Konzeptes beteiligt. Schlussendlich wurde das Verkehrskonzept von Mag. Georg Fuchshuber ausgearbeitet. Das Konzept beruht auf einer Adaption des bisherigen Skibusnetzes. Die Penkenbahn wird von zwei Seiten – von der Hauptstraße und von der Dornastraße her – von den Skibussen angefahren.

Bis auf den Bahnhof und die angrenzende Unterflurtrasse wurde das Verkehrskonzept von 2013 nahezu vollständig umgesetzt. Im Winter 2015/16 wurden die Skibusse zum ersten Mal, wie im Konzept vorgesehen, geführt.

Die Ausschussmitglieder erkennen an, dass das Konzept zu großen Teilen funktioniert. Es wird aber betont, dass das Verkehrskonzept aus 2013 jedenfalls nicht ein großer Wurf ist. Visionen könnten nicht erkannt werden. Vor allem der Transport der Skifahrer vom Bahnhof zur Penkenbahn sei nur die zweitbeste Idee. Diskutiert wird über die Zugsverlängerung, auch einer unterirdischen Trassenführung bis zur Penkenbahn und über alternative Transportmöglichkeiten

wie etwa ein Förderband, eine Schwebebahn oder die Verlängerung der Penkenbahn entlang des Zillers bis zum Bahnhof und weiter zur Horbergbahn.

Die Buslinienführung wird insofern kritisiert, als von manchen Ortsteilen kein direkter Bus zur Penkenbahntalstation geführt wird. So wären etwa die Ortsteile Laubichl bis Eckartau und der Bereich Tuxer Straße dadurch benachteiligt. Die Zubringung vor allem von Kindern zur Penkenbahntalstation ist derzeit nur sehr schwer möglich, da ein entsprechender „kiss and ride“ Bereich vor der Talstation fehlt.

Thematisiert wird auch das Fahrverbot in der Dornastraße. Dazu berichtet der Bauamtsleiter, dass dies vom vorhergehenden Gemeinderat den Anrainern der Dornastraße zugesagt wurde.

Die Schließung der Ahornbrücke im Sommer gründet sich auf der Rechtsansicht der Mayrhofner Bergbahnen, dass sie frei über die Brücke verfügen könne. Laut Rechtsgutachten das der Gemeindeführung vorliegt ist dem jedoch nicht so. Neben der Festlegung im Straßenbaubescheid als „öffentliche Brücke“ verbindet diese Brücke zwei öffentliche Straßen und wäre somit automatisch als „öffentlich“ zu betrachten.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die hohe Anzahl an durchfahrenden Green-Line Bussen. Sehr viele Busse fahren nahezu leer durch das Dorf und belasten die Anrainer.

Ausschussobmann Markus Bair stellt fest, dass in Zusammenschau aller Teilbereiche des Verkehrskonzeptes und unter Berücksichtigung der angestellten Überlegungen sich das Konzept als sehr komplex und kompliziert darstellt. Aus seiner Erfahrung sind komplizierte Lösungen zumeist nicht die besten. Er bezeichnet die aktuelle Verkehrslösung verbesserungswürdig.

Die Möglichkeit einer Zugsverlängerung soll unter dem Aspekt der geplanten Elektrifizierung geprüft werden.

Das derzeit vorliegende Projekt zum Ausbau der B169 und des neuen Bahnhofs wird vom Ausschuss derzeit noch nicht als ideale Lösung angesehen. Daher sollen noch einmal einige Planungsschritte zurückgegangen werden.

Vom Ausschussobmann wird betont, dass es nicht darum gehen dürfe Einzelinteressen zu befriedigen sondern die beste Lösung für Mayrhofen zu finden. Für das Zillertal ist es unumgänglich den öffentlichen Verkehr zukunftsfähig auszubauen.“

Obmann MGR Markus Bair ersucht um Verständnis für diese ausgedehnte Erläuterung und begründet dies damit, dass sowohl die neu gewählten Gemeinderäte als auch die Bevölkerung einen Überblick zum Stand dieser komplizierten Materie erhalten sollen.

Sodann erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr und das gegenständliche Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt.

9) Genehmigung Protokoll 3. Sitzung Verkehr, Wirtschaft und Tourismus vom 22.06.2016

Ausschussobmann MGR Markus Bair trägt dieses Protokoll zusammengefasst vor und erwähnt eingangs, dass es sich bei der Zusammenkunft am 22. Juni 2016 eigentlich um einen „workshop“ gehandelt hat, der routinemäßig als „jour fixe“ in Jenbach abgehalten wird und zum Bahnprojekts Vertreter von ZVB, VVT, MBB AG, Land Tirol, Gemeinde und Planungsbüros einen monatlichen Meinungsaustausch mit den nächsten Planungsschritten pflegen, wobei das Thema der Zugsverlängerung in Mayrhofen immer noch im Sinne der technischen Möglichkeiten aktuell ist.

Der nächste Jour fixe sollte daher mit dem Planungsbüro Bernhard zur Frage stattfinden, ob eine Variante der vorliegenden Planungen mangels Machbarkeit schon entfallen könnte.

Die über Intervention der Bürgermeisterin abberaumte eisenbahnrechtliche Verhandlung vom 12.7.2016 mit den berührten Grundeigentümern wurde daher auch im Interesse der Zillertaler Verkehrsbetriebe in den heurigen Herbst verlegt.

Zur besseren Orientierung von Gemeinderäten und Aktualisierung des Informationsstandes an die Bevölkerung zitiert Obmann MGR Bair aus dem Ausschussprotokoll wörtlich Folgendes:

2) Beratung Neubau Bahnhof

J. Grießer hält fest, dass es vor der Durchführung weiterer Planungsschritte darum gehe, die Anforderungen an das neue Verkehrssystem mit dem Bahnhof Mayrhofen als Zentrum im Einzelnen festzulegen und klar zu definieren. Dazu soll im Sinne der Besprechungsergebnisse der Planungsgruppe die „Variantenmatrix“ (1. Spalte: „Einrichtung/Funktion“) als Raster dienen. Als Leitfaden für den Workshop wurden daraus 3 Arbeitsblöcke abgeleitet:

Block A: Landesstraße B169

Block B: ÖPNV-System

Block C: Raum- und Funktionenprogramm des Bahnhofs

*J. Grießer weist darauf hin, dass der geplante Architekturwettbewerb bis zum Abschluss dieses Prozesses ausgesetzt worden sei. **Vom Workshop werden nur die Kernergebnisse schriftlich festgehalten, einzelne Meinungen und Wortmeldungen werden aus Effizienzgründen nicht protokolliert.***

2 Inhaltliche Bearbeitung

2.1 Block A, B169

2.1.1 Diskussion

Zur Diskussion, ob die Unterflurtrasse in der Variante „kurz“ oder „lang“ (Abtauchen bereits nördlich des Kreisverkehrs Nord) ausgeführt werden soll, sind die Mitglieder des Verkehrsausschusses eher der Meinung, dass sich bei der kurzen Variante der beabsichtigte Entlastungseffekt im Wesentlichen nur auf den unmittelbaren Bahnhofsbereich konzentrieren würde und der Ort nur wenig profitieren würde. Von Seiten der anwesenden Experten wird demgegenüber argumentiert, dass die kurze Variante mit dem Kreisverkehr Mitte den bisherigen Stauursachen (Fußgängerampel) und Kreuzung Ein/Ausfahrt Mitte wirksam begegnen würde. Weiters könnte der öffentliche Busverkehr weitgehend störungsfrei abgewickelt werden. Die Anbindung des Ortszentrums an die B169 sei mit der kurzen Unterflurvariante wesentlich effizienter und weitgehend ohne Umwegverkehr möglich.

Weiters wird eine großräumige Umfahrung entlang des Zillers diskutiert. Diese Variante hätte u.a. zur Folge, dass der Fußgängerverkehr zwischen dem Bahnhof und dem Zentrum durch eine ebenerdige Verkehrsachse für den öffentlichen und den innerörtlichen Verkehr unterbrochen würde. Nachdem auch Fragen des Grundbedarfs und des Hochwasserschutzes offen sind, wird diese Variante vorerst nicht weiterverfolgt.

2.1.2 Zwischenergebnis

Zur Neutrassierung der B169 im Bereich des Zentrums gibt es vorerst noch unterschiedliche Meinungen, weshalb diese Gespräche in weiterer Folge noch vertieft werden müssen.

2.2 Block B: ÖPNV-System

2.2.1 Diskussion

Bei diesem Block konzentriert sich die Diskussion auf die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, die als spätere Option ins Auge gefasste Bahntrassenverlängerung zur Penkenbahn-Talstation gleich im Zuge des Bahnstreckenneubaus umzusetzen und damit die Anforderungen an das Bus-Bahnterminal zu reduzieren. Mit einer attraktiven fußläufigen Verbindung von der Penken- zur Ahornbahn, beispielsweise als „Skywalk“, könnte zugleich auch diese Talstation mittelbar an die Eisenbahn angebunden werden. Damit würde sich nach Meinung der anwesenden Fachexperten die Fußgängerfrequenz am Bahnhof Mayrhofen reduzieren und eventuell 1 bis 3 Bussteige eingespart bzw., für einen langfristigen Bedarf in Reserve gehalten werden. Über die Umsetzbarkeit der Zugverlängerung (Grundbedarf, wasserbautechnische Voraussetzungen, Emissionen, Kosten etc.) werden allerdings Bedenken geäußert. Insbesondere für den Fall der Elektrifizierung der Bahnstrecke erscheint es den Sitzungsteilnehmern geboten, diese Möglichkeit der Zugverlängerung weiter zu verfolgen.

Diese technisch und verkehrslogistisch offensichtlich sehr attraktive Lösung würde auch die Frage aufwerfen, ob die mit einigen Kompromissen behaftete Neuplanung der Eisenbahnkreuzung nicht ebenfalls langfristig sauber geregelt werden sollte, indem weiter nördlich eine kreuzungsfreie Querung der Bahntrasse eingerichtet wird.

Sodann wird das gegenständliche Protokoll ohne Ergänzungen genehmigt.

10) Genehmigung Protokoll 2. Sitzung Dorfentwicklung und Raumordnung vom 31.05.2016

Obmann Franz Josef Eberharter trägt dieses Protokoll vor und es werden die einzelnen planlichen Darstellungen auf Power-point präsentiert.

Der Gemeinderat trifft heute hieraus folgende Ergänzungen:

Zu Punkt 2 des Protokolls (**Wohnbauprojekt Hollenzen**) erklärt die Bürgermeisterin, die Landesregierung habe laut Auskunft von LH-Stv. Josef Geisler die notwendige Herausnahme der Vorrangflächen beschlossen und es werde daraufhin auch die endgültige Fortschreibung des Örtlichen Raumordnungskonzeptes mit Bescheid des Landes erfolgen, sobald die notwendigen Kundmachungsfristen abgelaufen sind.

Zu Punkt 6 des Protokolls (**Bebauungsplan Angelika Schneeberger / „Chalet Schnee“, Schwendaustraße**) berichtet Bgm. Wechselberger von ihrem Gespräch mit Mario Höpperger vom Baubezirksamt, wonach die Vorgangsweise der nachbarlichen Einigung über Freihaltung eines Streifens mit 5 Metern Mindestbreite durch die Familie Pfister kein taugliches Mittel ist, die Problematik der Gefahrenzone zu überbrücken.

Bgm-Stv. Franz Eberharter erklärt, der Gemeinderat als Organ zur Erlassung des Bebauungsplanes könne aber jedenfalls die 5-Meter-Breite Fließgasse aus Sicherheitsgründen verankern.

Zu Seite 7 des Protokolls (**Bebauungsplan „Aparthotel Veronika“ / Fam. Huber**) erklärt Bgm. Wechselberger, die erforderlichen Parkplätze sind beim künftigen Bauverfahren selbstverständlich nachzuweisen.

Bgm-Stellv. Eberharter stellt die Anfrage, wie sich die Baubehörde im Sinne der Stellplatzverordnung beim Parkplatznachweis verhält und die Bürgermeisterin erklärt daraufhin, der Nachweis ist erbracht, sobald der Bauwerber in dem laut TBO zulässigen 300 Meter-Bereich mit einem Pachtvertrag und Mindestlaufzeit von 10 Jahren auch auf Fremdgrund die Stellplätze ausweist.

Zu Punkt 8 des Protokolls (**Balkonverglasung Ludwig Rieser in Wohnanlage 425**) berichtet Bgm. MMag. Monika Wechselberger über die Fristsetzung 15. August 2016

durch die Bezirkshauptmannschaft Schwaz, Sachbearbeiterin Mag. Sarah Köpfle, zur Herstellung des gesetzmäßigen Zustandes.

Zu Punkt 10 des Protokolls (**Erhöhung von Bettenkapazitäten**) wird die Stellungnahme des Planungsverbandes in 3 Fällen für Mayrhofen noch abgewartet.

Zu Punkt 5 des Protokolls (**Bebauungsplan Huber-Perauer in Dorf Haus**) erklärt MGR Hansjörg Geisler, es sei schon jetzt eine bekannt problematische Zufahrtssituation im Bereich des Hauserer Dorfbrunnens gegeben, besonders im Hinblick auf größere Einsatzfahrzeuge, aber auch für den Müll-Lkw und die Gemeinde sei gut beraten, vor einer endgültigen Festlegung für weitere Widmungen die Zufahrtssituation mit einer Mindestbreite von 2,5 Metern zu regeln.

Daraufhin erklärt Obmann MGR Franz Josef Eberharter, die Widmung sei bereits erfolgt und nur der Bebauungsplan sei heute gegenständlich.

Die Bürgermeisterin ergänzt, dass die von Geisler geschilderte Zufahrtsproblematik könne ohne weiteres in der Besprechung am 9. August 2016 erörtert werden.

Sodann wird das gegenständliche Protokoll ohne weitere Beschlüsse oder Ergänzungen genehmigt.

11) Genehmigung Protokoll 3. Sitzung Dorfentwicklung und Raumordnung vom 28.06.2016

Ausschussobmann Bgm-Stv. Franz Josef Eberharter trägt dieses Protokoll vor und es werden nachstehende Ergänzungen durch den Gemeinderat vorgenommen.

Das Protokoll wird eingangs dahingehend berichtigt, dass Bgm. MMag. Monika Wechselberger nicht anwesend bzw. entschuldigt war.

Zu Punkt 2 des Protokolls (**Anhörung Raumordnungssachverständige**) spricht Obmann Eberharter die Bürgermeisterin direkt auf die mehrheitliche Empfehlung des Ausschusses an, als Raumordnungsfachmann weiterhin DI Dr. Erich Ortner zu beauftragen.

Bgm. Wechselberger erklärt hierauf, für „raumordnungstechnische Maßnahmen“ könne der Gemeinderat ohne weiteres DI Ortner beauftragen.

Für ihre fachliche Beratung als Baubehörde werde sie die Fachmeinung des Büros Scheitnagl einholen und in einfacheren Angelegenheiten die Bebauungspläne von Bauamtsleiter DI Andreas Walder anfertigen lassen, zumal dieser auch nach Landesauskunft hiezu befugt ist.

Bgm-Stellv. Franz Eberharter erwidert, auch Bebauungspläne habe somit DI Dr. Erich Ortner zu erstellen, der vom Gemeinderat als für Bebauungspläne zuständiges Organ tätig ist. Diese Aussage stützt sich auf die gleichlautenden Fachauskünfte von DI

Robert Ortner sowie Dr. Daniel Schleich, beide vom Amt der Tiroler Landesregierung. Jedes andere Vorgehen wäre ein Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen.

Zur Klarstellung dieser Regelung möchte der Vizebürgermeister heute eine Abstimmung herbeiführen, zumal zukünftige Antragsteller auch einen klaren Weg von der Gemeinde erhalten müssen, welcher Gutachter die Sache bearbeitet.

DI Andreas Walder könne Bebauungspläne in der bisherigen Qualität eines raumordnerischen Fachplaners nicht durchführen, zumal ihm auch der zeitliche Spielraum innerhalb der vorgegebenen Dienstzeit fehlt, ohne ungewünschte Überstunden zu machen.

Wenn DI Andreas Walder neben seiner Sachverständigentätigkeit in einigen Bauverfahren der Gemeinden Brandberg und Schwendau noch zusätzlich Bebauungspläne für Mayrhofen macht, werde damit Arbeitskapazität verloren gehen, die zur Aufarbeitung laufender Akten oder für Baustellenkontrollen benötigt wird, so der Vizebürgermeister.

MGR MMag. Wechselberger erklärt daraufhin, sie sei eigentlich stolz darauf, mit Andreas Walder als einzige Gemeinde des Zillertales einen Hochbau-Sachverständigen als Dienstnehmer zu haben und sie möchte sofort klar stellen, dass erwähnte Tätigkeiten für Brandberg und Schwendau natürlich außerhalb der Dienstzeit erfolgen.

Der Betrag von € 25.000,-- als Überschreitungssumme des letztjährigen Budgets für Raumordnungsgutachten sei ihr Grund genug, als Einsparungsmaßnahme kleinere Sachen innerhalb des Gemeindeamtes zu bearbeiten und Angelegenheiten größeren Ausmaßes dem Raumplanungsfachmann zu übergeben, so die Vorsitzende.

MGR Wolfgang Höllwarth berichtet von seinem Gespräch mit verschiedenen Bürgermeistern aus ganz Tirol, wonach ein Raumordnungs-Sachverständiger ein besonderes Vertrauen in der Gemeinde genießen soll und die bisherige Vorgangsweise der Bürgermeisterin nicht angehen kann, Antragsteller zu Bebauungsplänen oder Widmungswerber „... zum Büro Scheitnagl nach Fügen zu schicken, um auf eigene Kosten das Gutachten erstellen zu lassen.“ Obmann MGR Franz Josef Eberharter entgegnet, die Bürgermeisterin habe bisher noch keinen Widmungswerber in das Büro Scheitnagl geschickt.

Bgm. Wechselberger hält fest, dass dieselben Mandatare, welche in der vergangenen Gemeinderatsperiode den Raumplaner Ortner mangelnde Objektivität unterstellt haben, diesen interessanter Weise als bestehenden Raumplaner verteidigen.

Zur gewünschten Abstimmung des Vizebürgermeisters erklärt die Bürgermeisterin, die Entscheidung über die Behandlung von Anträgen während der Sitzung im Gemeinderat obliegt ihr als Vorsitzende, worauf Bgm-Stv. Eberharter erwidert, dass im Hinblick auf diese Aussage künftig mit mehreren schriftlichen Anträgen zu rechnen sei.

MGR Hans Jörg Moigg ergänzt, die Bürgermeisterin lasse heute über das Thema Raumplaner wohl deshalb nicht abstimmen, weil das voraussichtliche Ergebnis der Abstimmung nicht genehm sein dürfte.

Zu Punkt 4 des Protokolls (**Alpenschlössl**) erklärt der Obmann, der Bauamtsleiter habe im Zuge des Eigentumsüberganges und diesbezüglicher Anfrage der involvierten Immobilienfirma einige rechtliche Mängel festgestellt, wobei besonders der Bereich des Teiches und des Brunnens an der Gabelung vom Weg nach Dorf Haus zur Tuxer Straße in das Öffentliche Gut abzutreten wäre.

In diesem Zusammenhang warnt MGR Hansjörg Geisler vom „rechtlichen Nachjustieren von Schwarzbauten“ und MGR Hans Georg Geisler ersucht die Baubehörde um Kontrolle der Grundgrenzen bei der straßenangrenzenden Mauer.

Beschluss:

Das Protokoll samt den darin enthaltenen Beschlüssen wird einstimmig genehmigt.

(Anmerkung: Die Bürgermeisterin beauftragt den Schriftführer, die Abwesenheit des Bürgermeister-Stellvertreters während dieser Abstimmung im Protokoll zu notieren.)

12) Beschlussfassung zur Restfinanzierung der Ersatzbusbucht

Für die Errichtung der Ersatzbusbucht besteht nach dem Ausscheiden des Tourismusverbandes eine Finanzierungslücke. Mit Gemeinderatsbeschluss vom 16.07.2015 hat sich die Marktgemeinde Mayrhofen zur Zahlung von 11,11 % der Gesamtkosten gedeckelt mit maximal € 35.000,-- bereit erklärt. Ursprünglich wurden für die Errichtung der Ersatzbusbucht € 300.000,-- veranschlagt. Gemäß Schlüssel wären somit € 33.300,-- zu zahlen gewesen.

Nach dem Ausscheiden des Tourismusverbandes als Zahler wurde am 14.09.2015 im Rahmen der Sitzung der Planungsgruppe ein neuer Aufteilungsschlüssel beschlossen, diesem lagen die jeweiligen Höchstgrenzen zugrunde. Für diesen neuen Aufteilungsschlüssel wurde noch kein entsprechender Gemeinderatsbeschluss gefasst.

Nach Abrechnung aller Bauleistungen ergeben sich die Kosten für die Ersatzbusbucht mit € 227.127,--. 11,11 % dieser Summe, das sind € 25.236,36, wurden gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 16.07.2015 bereits bezahlt. Bei einer Aliquotierung des Aufteilungsschlüssels vom 14.09.2015 ergibt sich für die Marktgemeinde Mayrhofen

eine zu zahlende Summe von € 29.998,--. Diese Summe liegt jedenfalls unter der Obergrenze von € 35.000,--. Für die Differenz von € 4.761,64

Nachdem die Bürgermeisterin den Entfall des Tourismusverbandes bei dieser Kostenbeteiligung bedauert und den daraus resultierenden Anteil der Gemeinde mit einem Differenzbetrag von € 4.761,64 nennt, erklärt MGR Hans Jörg Moigg, er bedaure das Ausscheiden des Tourismusverbandes ebenso wie die Nichtbeteiligung der Firmen Christophorus und Zillertaler Gletscherbahnen, die trotz seines damaligen Bemühens als Verkehrsausschussobmann kein Entgegenkommen gezeigt haben, obwohl sie auch Nutznießer der Bus-Ersatzbucht sind.

Der Gemeinderat beschließt die Übernahme der zusätzlichen Kosten von € 4.761,64 für die Errichtung der Ersatzbusbucht.

13) Beschlussfassung zur Auftragsvergabe an die Firma Planoptimo für eine Variantenstudie bei der EK Schwendaustraße und einer Gegenüberstellung von langer und kurzer Unterflurtrasse

Im Rahmen der Überarbeitung der Unterflurtrasse und der Eisenbahnkreuzung im Verkehrsausschuss soll vom Büro Planoptimo eine Studie zu den Projekten lange – und kurze Unterflurtrasse (Gegenüberstellung des Fremdgrundverbrauches) sowie eine neue Variante für die Eisenbahnkreuzung erstellt werden. Wobei die Kosten für die Planung der Eisenbahnkreuzung von der Gemeinde zu 75 % zu tragen sind und für die Studie zur Unterflurtrasse zu einem Drittel.

Die Bürgermeisterin beziffert den Drittelanteil der Gemeinde zur Projektstudie der beiden Varianten zur Unterflurtrasse mit ca. € 2.000,--.

Obmann MGR Markus Bair ergänzt in diesem Zusammenhang, es werde sich demnächst herausstellen, wieviele Varianten letztlich bei der Eisenbahnkreuzung vorgelegt werden, wobei sich Bgm-Stellv. Franz Eberharder für eine sofortige Information des Gemeinderates in Form einer erweiterten Ausschusssitzung ausspricht, sobald die endgültige Variante vorliegt.

Einstimmiger Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich für die außerbudgetäre Freistellung des Betrages von max. € 2.000,-- als Drittelanteil der Gemeinde zur erforderlichen Variantenstudie aus.

14) Beschlussfassung zur Einrichtung eines Sonderbudgets für geringfügige

Aufträge im Zusammenhang mit der Planung im Bereich Bahnhof NEU

Im Rahmen der Projektentwicklung im Bereich „Bahnhof neu“ sind immer wieder kleinere Aufträge zu vergeben. Um einen ökonomischen Fortgang des Projektes sicherzustellen, ist die Schaffung eines Budgets von € 3.000,-- angedacht. Mit diesem Budget sollen geringfügige Planänderungen, Simulationen, Vermessungen etc. für den Neubau des Bahnhofs, der Unterflurtrasse aber auch der Eisenbahnkreuzung Schwendastraße ermöglicht werden. Die Marktgemeinde Mayrhofen wäre neben der ZVB AG und der MBB AG zu einem Drittel an diesen Kosten beteiligt.

Der Gemeinderat beschließt die Übernahme eines Drittelanteiles von € 3.000,-- als Sonderbudget „Bahnhof – Unterflurtrasse“.

15) Anträge Wolfgang Höllwarth - "Team Eberharter"

15.1) Ausbau Dachgeschoß Gemeindeamt für Sitzungssaal

Der gegenständliche Antrag, datiert mit 17.6.2016, wird vollinhaltlich verlesen.

Im wesentlichen spricht sich die Liste „Team Eberharter“ dafür aus, die leer stehenden Räume im Dachgeschoß als Räume für Amtszwecke zu adaptieren, im konkreten zur Adaptierung als künftigen Gemeindesitzungssaal und im Hinblick auf die derzeit ungünstige Doppelverwendung des Sitzungssaal als Trauungssaal des Standesamtsverbandes.

Die Bürgermeisterin präsentiert daraufhin mit Power point die Möglichkeit der Wohnraumschaffung mit planlicher Darstellung und Kostenkalkulation.

Sie führt anhand konkreter Zahlen auch ins Treffen, dass eine verschwindend geringe Anzahl von Trauungen an Wochentagen stattfindet und auch ein relativ großer Anteil sogenannte „Auswärtstraungen“ ist.

Weiters haben im Wahlkampf alle wahlwerbenden Gruppen die Wohnraumbeschaffung als vordringliche Ziele dargestellt und die heute mitgebrachte, aktuelle Wohnungswerberliste zeigt 92 Interessenten, davon 41 Mehrkind-Familien.

Es wäre daher dringend gefordert, zu vertretbaren Kosten schnell Wohnräume mit einer Gesamtnutzfläche von ca. 200 m² zu schaffen, um eine weitere Abwanderung aus Mayrhofen trotz steigender Geburtenrate zu verhindern, so die Bürgermeisterin.

MGR Höllwarth verweist auf die Gemeinnützigen Wohnbauprojekte Zillerlände und Hollenzen, die den Wohnbedarf in absehbarer Zeit größtenteils decken, um sodann die nahezu unzumutbaren Bedingungen für Zuhörerschaft und Mandatäre im Sitzungssaal bei z.B. heutigen 27 Grad Raumtemperatur zu schildern.

Exponate der Kugler-Sammlung sowie Moroder-Kunstgegenstände haben momentan keinen würdigen Platz im Gemeindeamt und könnten mit der Raumerweiterung zur permanenten Ausstellung dienen.

Zusammenlegungen von Gemeindeverwaltungen mit Sitz in Mayrhofen können für die Zukunft ebenso nicht ausgeschlossen werden und zu zusätzlichem Raumbedarf führen, so Höllwarth, der sodann den vorbildlichen Sitzungssaal der Marktgemeinde Zell erwähnt, welcher auch zu diversen Empfängen wie dem Neujahrsempfang des Bürgermeisters für Vereine, in wertschätzender Weise dient.

MGR Franz Josef Eberharder sieht eine dürftige Begründung im Vorbringen Höllwarths im Sinne der Verwendung für Amtsräume, zumal jeder Mietvertrag für Wohnungen nach 3 Jahren kündbar ist.

Bgm. Wechselberger ergänzt, sie möchte dem Europahaus keine „Gegenveranstaltungen“ bringen, zumal Gemeinderatssitzungen wie Gemeindeversammlungen gelegentlich auch im Europahaus stattfinden können und dem Veranstaltungszentrum einnahmenseitig zu Buche schlagen.

Für den Sitzungssaal im Gemeindeamt können mit einem Klimagerät und dem Ankauf von Stapelstühlen für die Zuhörerschaft kurzfristig Verbesserungen erzielt werden. Zudem wird mit Inbetriebnahme des Altersheimes im Dezember 2017 die große Räumlichkeit des Sozialsprengelbüros zusätzlich frei, so die Bürgermeisterin.

MGR Heidi Lassnig kann die in der Angelobung zitierte Uneigennützigkeit der Gemeinderäte nicht praktisch nachvollziehen, wenn das Klima im Sitzungssaal wichtiger ist als Straßensanierungen oder eine Wohnraumbeschaffung.

In der anschließenden Abstimmung sprechen sich 9 Gemeindemandatare für den Antrag aus, von einem Ausbau des Dachgeschoßes des Gemeindeamtsgebäudes zu Wohnzwecken Abstand zu nehmen und eine Kostenerhebung über die Bauabteilung zur Adaptierung als Sitzungssaal mit Nebenräumen vorzunehmen.

15.2) Vorzeitige Inbetriebnahme Tiefgarage Sozialzentrum - Altenheim

Nachdem der diesbezügliche Antrag vollinhaltlich verlesen wird, berichtet MGR Wolfgang Höllwarth über die heutige Besichtigung mit dem Stiftungsvorstand.

Hannes Gschwentner als Geschäftsführer „Neue Heimat Tirol“ und der Bauleitung.

Diese Tiefgaragenbesichtigung und die Erläuterung des Bauzeitplanes ergab die Möglichkeit einer vorzeitigen Inbetriebnahme, nicht jedoch die Situation im Fluchtwegbereich, der die Tiefgaragenbenutzer großteils in eine offene Baustelle führen würde.

Das angrenzende Grundstück von 4200 Quadratmeter wird nach aktueller Verwendung als Kran- und Baumanipulationsfläche mit der Firstfeier am 5.9.2016 frei und damit mit wenig Aufwand als Freiparkfläche für ca. 80 Autos verfügbar.

Im Lichte dieser Erkenntnisse zieht MGR Höllwarth vorliegen Antrag auf vorzeitige Tiefgaragenbenützung jetzt formell zurück und ersucht gleichzeitig, erwähnte Ersatzfläche zeitgerecht baulich zu adaptieren.

MGR Hans Jörg Moigg plädiert in diesem Zusammenhang für die Wiederherstellung des Zuganges zur Hauptstraße, vor allem im Hinblick auf die Frequenz in der kommenden Wintersaison.

Bgm. MMag. Wechselberger nimmt die Zurückziehung des Antrages zur Kenntnis und hält es grundsätzlich für „löblich“, wenn sich Gemeindemandatare Gedanken machen, wie die Gemeinde durch Parkeinnahmen früh zu Geld kommen kann. Die von der Bauleitung geschilderten Sicherheitsbedenken lassen eine Teilkollaudierung aber offensichtlich nicht zu.

16) Berichte Bürgermeisterin, Anträge, Anfragen, Allfälliges (§ 35 Abs. 4 TGO)

Frau Rosmarie Lechner ersucht um **Ausnahme von der Bauzeitenregelung** zum Zufüllen und Saubermachen der Baustelle „Wohnanlage Sonnenresidenz“ an der Zillerpromenade und der Gemeinderat stimmt diesem Antrag wegen öffentlichen Interesses zu.

Die **Firstfeier des Altenwohnheimes** wird voraussichtlich am 5. September 2016 um 16 Uhr stattfinden.

Zur **Ausstellung Lebenshilfe Uderns am 15. Juli 2016** am Bahnhof Uderns wird MGR Franz Josef Eberharder als Gemeindevertreter teilnehmen.

Zur allfälligen Begleitung der Bürgermeisterin mit Gemeinderäten werden die **Geburtstagsjubiläen** des nächsten Monats bekannt gegeben.

Das **Kinderfestival am Waldfestplatz**, organisiert von Benjamin Bacher, wird mit einem Betrag von € 500,-- unterstützt, nachdem MGR Hans Jörg Moigg sich nach einem allfälligen Eintritt erkundigt, was Bürgermeisterin Bgm. MMag. Monika Wechselberger verneint und MGR Susanne Kröll ergänzt, der TVB habe das gleichlautende Ansuchen wegen Kurzfristigkeit und der Vielzahl derartiger Veranstaltung im Tourismusgebiet abgelehnt.

Am 19. Juli 2016 erfolgt eine Besichtigung der **Müllverbrennungsanlage Ahrental** und es wird von Seiten der ATM hiezu herzlich eingeladen.

Das Team „**Die Tafel**“ ersucht um Verlängerung des unentgeltlichen Mietvertrags mit der Gemeinde für Räumlichkeiten im Alten Schulhaus und der Gemeinderat erteilt die

weitere Genehmigung bis jederzeitigen Widerruf, jedenfalls aber bis Dezember 2017 als Eröffnungsdatum des Altersheimes.

Der **Facebook-Auftritt der Gemeinde** ist angelaufen und die Bürgermeisterin wird von den Mitarbeiterinnen Aschenwald und Pfister-Kreidl unterstützt, welche Textinhalte bzw. Fotos gemeindeseits „gepostet“ werden.

Der Amtsleiter ergänzt zur Klarstellung, dass die Einrichtung des Facebook unter keinen Umständen als irgendeine Art der amtlichen Mitteilung interpretiert werden sollte und MGR Valentin sieht im Facebook eine weitere Art moderner Öffentlichkeitsarbeit.

Hermann Thaler ersucht, an der Baustelle Postschlössl auch an Samstagen von 8 bis 12 Uhr arbeiten zu lassen und der Gemeinderat spricht sich grundsätzlich für die Genehmigung dieses Antrages aus, zumal diese Baustelle bekannter Maßen problembehaftet ist und schon aus diesem Grunde zu einem zügigen Abschluss gelangen sollte.

Die **September-Gemeinderatssitzung** – voraussichtlich am 14.9.2016 - soll auf Wunsch der Bürgermeisterin in Ginzling stattfinden, um mit früherem Beginn um 19 Uhr gleich am Anfang einen Kurzbericht des Ortsvorstehers über Aktuelles in Ginzling vorzusehen.

Die **Oktober-Gemeinderatssitzung am Montag, 10.10.2016**, soll ausnahmsweise im Europahaus stattfinden, wobei ab 18 Uhr die reguläre Gemeinderatssitzung und ab 20 Uhr eine Gemeindeversammlung stattfinden soll. Bgm-Stv. Eberharter plädiert dafür, den genauen Ablauf der Gemeindeversammlung im Gemeindevorstand zu koordinieren.

Der **Österreichische Gemeindetag** findet diesjährig vom 5. bis 7. Oktober 2016 im Klagenfurter Messezentrum statt und es wird schon jetzt um Terminvormerk ersucht.

Birgit Fischer vom TVB ersucht um Anbringung eines Transparentes an der Einfahrt Mitte zur Bewerbung der „Nacht der Grand Prix Sieger“ am 27.8.2016 im Europahaus und der Gemeinderat stimmt der Anbringung ab 22.8. zu.

Obmann Gerhard Hauser von den „**Stonemonkeys**“ bedankt sich bei der Gemeinde herzlich für die finanzielle Unterstützung des „Climbing Festival“ im Juni in Ginzling.

Am 18. Juli 2016 um 18 Uhr im „Eckartauerhof“ treffen sich Vertreter der Traditionsvereine zur Organisation der **Verabschiedung von Pfarrer Moser** und die Gemeinderäte sind hiezu recht herzlich eingeladen.

Weitere Wortmeldungen:

MGR Hans Jörg Moigg erklärt, das Protokoll der 3. Gemeinderatssitzung sei ohne Änderung in der Gemeinde-Homepage veröffentlicht, obwohl in der 4. Gemeinderatssitzung Änderungen gemacht wurden und er ersucht um diesbezügliche Einspeisung des geänderten Protokolls.

Sodann spricht sich MGR Moigg für die baldige Weiterbetreibung der Verträge „Neue Heimat“ sowie „Wohnbau Hollenzen“ zum Zwecke der Wohnraumbeschaffung aus.

Weiters erkundigt sich Moigg nach dem weiteren Vorgehen zu seinem Antrag zur **Ablehnung der Zugverlängerung** vom Bahnhof zur Penkenbahn durch den Gemeinderat, worauf sich die Bürgermeisterin entschuldigt, diesen Antrag heute in der Gemeinderatsmappe zu „Allfälliges“ gegeben, aber unabsichtlich überblättert zu haben.

Danach einigt man sich darauf, dieses weitgehende Thema aufgrund der fortgeschrittenen Stunde ausführlich im nächsten Verkehrsausschuss u behandeln, um spätestens im Oktober-Gemeinderat die offizielle Beschlussfassung zu diesem Thema zu erlangen.

MGR Markus Bair erkundigt sich bei der Bürgermeisterin und dem Amtsleiter nach dem aktuellen **Stand Hubschrauberlandeplatz**, worauf die Bürgermeisterin erklärt, aus Anlass des Schreibens einer Grundstücksnachbarin bei Verhandlungsleiter Dr. Löderle nochmals den ausdrücklichen Verwendungszweck „Rettungs- und Katastrophenflüge“ deponiert zu haben und AL Dr. Stöckl ergänzt, Dr. Löderle sehe formalrechtlich kein Problem darin, dass die „Heli Tirol“ für diesen Hubschrauber-Landeplatz angesucht habe und der voraussichtlichen Bescheid nun auf die „Heli-Mount“ lauten wird.

Ende öffentlicher Teil der Sitzung: 23.20 Uhr

Hinweis:

Zu allfälligen Ergänzungen und Korrekturen dieses Gemeinderatsprotokolls wird auf die Ausführungen des darauf folgenden Gemeinderatsprotokolls verwiesen !